



**jüdisches Forum
für Demokratie und gegen Antisemitismus**

Tätigkeitsbericht:

**Auswahl an Veranstaltungen und
Veröffentlichungen des Jüdischen Forums für
Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)**

2009

1. AUFGABEN DES JFDA.....	3
2. VERANSTALTUNGEN UND KOOPERATIONEN IM RAHMEN DER ANTISEMITISMUSBEKÄMPFUNG UND FÖRDERUNG DES DEMOKRATISCHEN STAATSWESENS.....	4
PODIUMSDISKUSSION: ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE NEUE BUNDESREGIERUNG	5
PODIUMSDISKUSSION: DER GOLDSTONE-REPORT UND SEINE FOLGEN.....	7
GEGENKUNDGEBUNG "AL QUDS"-TAG 2009.....	8
PODIUMSDISKUSSION: NAZIKOLLABORATEURE IN DER 3. WELT UND IHRE DEUTSCHEN APOLOGETEN AM BEISPIEL DES NAHEN OSTENS.....	9
PODIUMSDISKUSSION: 100 TAGE NACH DEN KOMMUNALWAHLEN IN SIEBEN BUNDESLÄNDERN: HANDLUNGSSTRATEGIEN IM UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN IN KOMMUNALEN GREMIEN.....	10
PODIUMSDISKUSSION: WESTLICHE DEMOKRATIEN, IRAN UND DIE VERHINDERUNG VON VÖLKERMORD.....	11
PODIUMSDISKUSSION: ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND - EINE ZENTRALE HERAUSFORDERUNG FÜR STAAT UND GESELLSCHAFT.....	12
PODIUMSDISKUSSION: DEMOKRATIEN UND UN-MENSCHENRECHTSDEBATTE.....	13
ÖFFENTLICHEN SITZUNG DES JÜDISCHEN FORUMS FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN ANTISEMITISMUS.....	14
SOLIDARITÄT MIT ISRAEL – STOPPT DEN TERROR DER HAMAS – SUPPORT ISRAEL	15
3. PRESSEMITTEILUNGEN (AUSWAHL).....	16
23. NOVEMBER 2009: ZUR VERHINDERTEN AUFFÜHRUNG DES FILMES VON CLAUDE LANZMANN „WARUM ISRAEL“	17
24. JULI 2009: VERLEIHUNG DES BUNDESVERDIENSTKREUZES AN FELICIA LANGER.....	18
08. JULI 2009: ZUR UMSETZUNG DES BESCHLUSSES DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS ZUR ANTISEMITISMUSBEKÄMPFUNG VOM 4. NOVEMBER 2008.....	19
04. JUNI 2009: OFFENER BRIEF AN PRÄSIDENT OBAMA.....	21
03. JUNI 2009: GEMEINSAMES SCHREIBEN AN DEN BUNDESMINISTER STEINMEIER	26
23. APRIL 2009: GEMEINSAMES SCHREIBEN AN DIE BUNDESREGIERUNG.....	27
20. APRIL 2009: GROSSE ZUSTIMMUNG ZU EINEM DEUTSCHEN BOYKOTT DER GENFER UN- DURBAN-II-KONFERENZ AUF EINER GEMEINSAMEN VERANSTALTUNG IN DER NEUEN SYNAGOGE IN BERLIN.....	28
4. SONSTIGES (AUSWAHL).....	29
23. SEPTEMBER 2009: WAHLPRÜFSTEINE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2009.....	30
17. JULI 2009: NACHBEREITUNG DER VERANSTALTUNG MIT PROF. COTLER	31

1. Aufgaben des JFDA

Am 30. April 2008 wurde das von Lala Süsskind und Levi Salomon initiierte Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) mit der Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gegründet. Seit 2012 ist das Forum nun als Verein tätig. Zweck des JFDA sind die Stärkung des demokratischen Staatswesens, durch politische Bildung, Förderung von Kunst und Kultur, Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, sowie die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten und des Völkerverständigungsgedankens. Hierzu gehört der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus, sowie die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Austauschs. Wir unterstützen dazu demokratische Institutionen und die Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure zum Schutz der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Antisemitismus wird als Hass gegen Juden verstanden, der sich sowohl verbal, als auch durch Gewalt manifestieren kann. Antisemitismus kann sich auch als Antizionismus ausdrücken. Hierbei wird an Stelle der „Juden“ die zionistische Bewegung – nämlich das Recht der Juden auf einen Staat – angegriffen und/ oder in Frage gestellt. Ebenso wird berechtigte Kritik an diesem demokratischen Staat genutzt, um durch überzogene und einseitige Stellungnahme den Staat Israel zu diffamieren und zu delegitimieren (in Anlehnung an die Working Definition of Antisemitism der OSZE).

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie beispielsweise die Organisation von Vortragsreihen und Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen, sowie das Erstellen von Dokumentationen. Außerdem führt es ein unabhängiges Monitoring durch und erfasst und bewertet antisemitische Vorfälle und Tendenzen, sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse. Damit sollen die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme aufmerksam gemacht und für Gegenmaßnahmen gewonnen werden.

2. Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen der Antisemitismusbekämpfung und Förderung des Demokratischen Staatswesens

Podiumsdiskussion: Antisemitismus in Deutschland als Herausforderung für die neue Bundesregierung

Montag, 30. November, 19 Uhr

Neue Synagoge, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

PodiumsteilnehmerInnen:

- **Dr. Max Stadler**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium
- **Lorenz Maroldt**, Chefredakteur des Tagesspiegel
- **Anetta Kahane**, Gründerin und Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung
- Moderation: **Dr. Petra Lidschreiber**, Fernsehjournalistin und Leiterin des Ressorts Mittel- und Osteuropa des rbb

Einführung:

- **Levi Salomon**, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus

Grußwort:

- **Lala Süsskind**, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Im Anschluss wird es einen Empfang geben.

Eintritt frei – der Veranstaltungsort ist rollstuhlgerecht.

Die 17. Legislaturperiode des Bundestages ist eröffnet und mit ihr eine Debatte um die zukünftige Ausrichtung der Arbeit gegen Antisemitismus.

Nicht nur jährte sich der Bundestagsbeschluss zum Kampf gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens am 4. November, der eine Diskussion zur Frage des Fortschritts im Kampf gegen Antisemitismus auslöste. Auch zeigt eine in diesen Tagen erschienene Studie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld deutlich, dass Antisemitismus nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Demokratie darstellt. Ein Viertel aller Europäer hält den Einfluss der Juden für zu groß. Auch die Aussage, dass Israel einen Krieg der Vernichtung gegen die Palästinenser führt, ist mit knapp 50 % unter den Europäern zustimmungsfähig. Konsequenterweise bejahen 47 % der Deutschen: „bei der Politik, die Israel macht, [kann ich] ... gut verstehen, warum man Juden nicht mag“.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin, das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus und die Amadeu Antonio Stiftung wollen mit Vertretern der Medien und der Politik einen Blick in die Zukunft werfen und der Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, sich über die konkreten Pläne und Positionen der Regierung zum Thema Antisemitismus-Bekämpfung zu informieren und diese zu diskutieren.

Als Ausgangsposition für die Diskussion dient die Auswertung der Antworten auf Fragen zum zukünftigen Umgang mit Antisemitismus, die das JFDA und die Jüdische Gemeinde im Zuge der diesjährigen Bundestagswahl an alle BundestagskandidatInnen der Parteien richteten.

Die Veranstaltung findet im Rahmen der bundesweiten Aktionswochen gegen Antisemitismus statt, die seit 2004 von der Amadeu Antonio Stiftung jährlich zum 9. November initiiert werden. Sie bildet als Perspektivdiskussion den Abschluss der diesjährigen Aktionswochen.

Podiumsdiskussion: Der Goldstone-Report und seine Folgen

Montag, 23. November, 19 Uhr
Neue Synagoge, Oranienburger Straße 28-30, Berlin

Podiumsteilnehmer:

- **Emmanuel Nachshon**, Gesandter des Staates Israel
- **Richard Herzinger**, Politischer Korrespondent, Die Welt und Welt am Sonntag
- **Bernd Finke**, Leiter des Referats „Arbeitsstab Menschenrechte“, Auswärtiges Amt
- **Levi Salomon**, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus
- Moderation: **Sacha Stawski**, Vorsitzender und Chefredakteur Honestly Concerned e.V.

Der Mitte September veröffentlichte sogenannte Goldstone-Report kommt zu dem Schluss, dass sowohl die israelischen Streitkräfte als auch die radikalislamische Hamas im Gaza-Krieg Kriegsverbrechen und vermutlich auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Die Untersuchung unter Leitung des ehemaligen südafrikanischen Richters Richard Goldstone wurde vom UN-Menschenrechtsrat in Auftrag gegeben, welcher von autokratisch regierten Staaten dominiert wird.

Der israelische Staatspräsident Shimon Peres griff den Bericht scharf an und nannte ihn eine „Verhöhnung der Geschichte“, da dieser nicht zwischen einem Aggressor und einem Staat unterscheide, der sein Recht auf Selbstverteidigung wahrgenommen habe.

Auch die Quellen, auf die der Bericht Bezug nimmt, wurden von verschiedenen Seiten beanstandet. Es wurden unter anderem Publikationen und Zeugenaussagen unterschiedlicher NGOs wie Human Rights Watch, Palestinian Center for Human Rights und Breaking the Silence verwendet - alles Organisationen, die schon in der Vergangenheit durch anti-israelische Aktivitäten aufgefallen sind. Überdies kommen einige der Kommissionsmitglieder aus dem Umfeld dieser NGOs, so hatte etwa Goldstone eine führende Position bei Human Rights Watch inne und trat erst im Zuge der Entstehung der Untersuchungskommission aus der Organisation aus.

Der UN-Menschenrechtsrat nahm Mitte Oktober eine sich auf den Report stützende Resolution an. Selbst Richard Goldstone, auf dessen Report sich die Resolution beruft, hatte bereits vor der Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses den Wortlaut der Empfehlung kritisiert, da sie keinerlei Verurteilung der Hamas beinhalte. Weiterhin ließ er verlauten, dass sein Bericht vor einem Gericht keine Beweiskraft habe.

Anfang November wurde der Goldstone-Report ebenfalls der UN-Vollversammlung vorgelegt. 114 Mitgliedsstaaten haben sich hinter einen auf den Bericht Bezug nehmenden Resolutionsentwurf gestellt, 44 Länder – darunter Großbritannien und Frankreich – enthielten sich und nur 18 Mitglieder stimmten mit Nein. Neben Israel lehnten auch Deutschland und die USA die von den arabischen Ländern eingebrachte Resolution ab.

In der Resolution wird unter anderem sowohl von Israelis als auch Palästinensern gefordert, binnen drei Monaten „unabhängige, glaubwürdige und internationalen Standards entsprechende“ Untersuchungen einzuleiten. Weiterhin wurde der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon ersucht, den Goldstone-Report an den Sicherheitsrat zu überweisen. Demnach könnte der Fall theoretisch auch an den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag weitergeleitet werden.

Gegenkundgebung "Al Quds"-Tag 2009

am Samstag, 12. September 2009 ab 14:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

am Samstag, 12. September, findet in Berlin die Kundgebung gegen die Al-Quds-Demonstration statt. Den Aufruf finden Sie im Anhang. Bitte beachten Sie den Ortswechsel, die Kundgebung findet nun an der Knesebeckstr./Ecke Kurfürstendamm (U-Bahnstation Uhlandstr.) statt.

Bemerkenswert - wenn auch nicht weiter verwunderlich - ist, dass inzwischen auch die DVU, Landesverband Berlin, zu der Demonstration der Islamisten aufruft.

Wir würden uns außerordentlich freuen, Sie am Samstag auf der Kundgebung zu sehen, da Sie durch Ihr Erscheinen ein wichtiges Zeichen gegen den Al-Quds-Tag setzen.

Mit besten Grüßen,

Levi Salomon

Gemeinsam gegen Antisemitismus, Antizionismus und Homophobie!

Solidarität mit der Demokratiebewegung im Iran!

1979 rief der iranische Machthaber Khomeini dazu auf, nach dem Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan weltweit für die "Befreiung" von "Al Quds" (Jerusalem) und für die Vernichtung Israels zu demonstrieren. Auch in Berlin gehen aus diesem Anlass radikale Islamisten und Anhänger des iranischen Regimes auf die Straße. Dieses Jahr findet die Demonstration am Samstag, den 19. September, statt. Wie in jedem Jahr gibt es auch 2009 ein breites Bündnis, das zum Protest gegen diese Demonstration aufruft. Dem Bündnis gehören zahlreiche demokratische Organisationen an, darunter die Jüdische Gemeinde zu Berlin.

Die Kundgebung "No Al-Quds-Tag" findet statt am

Samstag, 12. September 2009, Beginn: 14:00 Uhr.

Ort: Knesebeckstr./Ecke Kurfürstendamm (Nähe U-Bahnstation Uhlandstr.)

Weitere Informationen und eventuelle kurzfristige Änderungen finden Sie auf der Website des Bündnisses: <http://www.no-al-quds-tag.de>

Podiumsdiskussion: Nazikollaborateure in der 3. Welt und ihre deutschen Apologeten am Beispiel des Nahen Ostens

Montag, 7. September, 19 Uhr

Centrum Judaicum

Oranienburger Strasse 28-30, 10117 Berlin

Vortrag

Karl Rössel

Recherche International e.V., Rheinisches JournalistInnenbüro (Köln), Kurator der Ausstellung: „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“

Anschließende Podiumsdiskussion

Dr. Hanspeter Blatt, Leitet den Fachbereich Geschichte, Zeitgeschichte und Politik beim Deutschen Bundestag

Levi Salomon, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus. Vorsitzender des „Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus“

Martin Cüppers, Autor des Buches „Halbmond und Hakenkreuz“. Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart

Jörg Rensmann – Moderation, Vorstand der deutschen Sektion von "Scholars for Peace in the Middle East" (SPME)

Mirjam Marcus – Grußwort, Stellvertretende Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dezernat für Schule, Jugend und Erziehung

begleitend wird ein Teil der Ausstellung „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ zu sehen sein.

Die Veranstaltung entstand mit freundlicher finanzieller Unterstützung durch Gunda und Rabbiner Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Leo Trepp.

Podiumsdiskussion: 100 Tage nach den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern: Handlungsstrategien im Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien

September 2009, 18h

Centrum Judaicum, Oranienburgerstraße 28/30, 10117 Berlin

100 Tage nach den Kommunalwahlen in sieben Bundesländern wollen wir Bilanz ziehen: Welcher Strategien bedienen sich die rechtsextremen Mandatsträger/innen in den kommunalen Gremien? Welche demokratischen Umgangs- und Reaktionsweisen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien haben sich als grundlegend und erfolgreich erwiesen? Inwiefern beeinflussen rechtsextreme Mandatsträger/innen partizipative, bürgerschaftliche Aushandlungsprozesse und das Klima in einer Kommune?

Es diskutieren:

- *Sylvia Bretschneider, Präsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, SPD
- *Svend Simdorn, Stadtrat im Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin, CDU
- *Miro Jennerjahn, Direktkandidat für den Sächsischen Landtag, Bündnis'90/Die Grünen
- *Sabine Berninger, Mitglied des Thüringischen Landtages und Direktkandidatin, Die Linke

Moderation: *Lorenz Korgel, Koordinator des Berliner Beratungsnetzwerkes

Grußworte:

- *Maya Zehden, Sprecherin der Jüdischen Gemeinde zu Berlin
- *Bianca Klose, Geschäftsführerin des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.
- *Timo Reinfrank, Amadeu Antonio Stiftung

Schirmherrschaft:

- *Walter Momper, Mitglied und Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Veranstaltet von:

„Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“, ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

In Kooperation mit:

Amadeu Antonio Stiftung

Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit Sachsen-Anhalt e.V.

Jüdische Gemeinde zu Berlin

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)

Podiumsdiskussion: Westliche Demokratien, Iran und die Verhinderung von Völkermord

Vortrag und Podiumsdiskussion mit Prof. Irwin Cotler



Do 02.07.

Beginn: 19:00

Veranstalter: Jüdische Gemeinde zu Berlin

Prof. Irwin Cotler ist eine weltweit anerkannte Autorität auf dem Gebiet des Völkerrechts und der Menschenrechte, Mitglied des kanadischen Parlaments (Liberal Party CA), ehemaliger Justizminister und Generalstaatsanwalt Kanadas sowie ehemaliger Präsident des Canadian Jewish Congress.

Podiumsteilnehmer:

Mohammed Schams, Senior Advisor IFI - Iranian Freedom Institute, Washington D.C.;
Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat

Klaus Faber, Staatssekretär a. D.; Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat; Moderation

Grußworte:

Dr. Jochen Palenker, Vorstandsmitglied Jüdische Gemeinde. zu Berlin)

Sacha Stawski, Honestly Concerned e.V., Vorsitzender und Chefredakteur;
Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat für den Koordinierungsrat deutscher
Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus

Stephan J. Kramer (Generalsekretär) für den Zentralrat der Juden in Deutschland
(schriftliches Grußwort)

Veranstalter:

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus · **Oranienburger Str. 28-31**
· **10117 Berlin**

Vorsitzender: Levi Salomon · Tel.: +49-30-880 28-357 · Fax +49-30-880 28-250 · E-Mail:
levi.salomon@jg-berlin.org

Podiumsdiskussion: Antisemitismus in Deutschland - eine zentrale Herausforderung für Staat und Gesellschaft

am 24.5.2009 um 11 Uhr, Centrum Judaicum, Oranienburger Straße 28-30

Es sprechen MdB **Kristina Köhler** (CDU), Staatssekretär a.D. **Klaus Faber** (Koordinierungsrat deutscher Nichtregierungsorganisationen gegen Antisemitismus) und **Jörg Rensmann** (Mideast Freedom Forum Berlin).

Antisemitismus hat sich in Deutschland auf hohem Niveau konsolidiert. Es gibt Indikatoren für eine immer größere Bereitschaft, antijüdische Ressentiments öffentlich zu äußern.

Gerade in jüngster Zeit sind neue Formen der Judenfeindschaft hervorgetreten, wobei besonders der israelfeindliche oder antizionistische Antisemitismus hervorzuheben ist. Antisemitismus findet sich nicht nur bei rechtsextremen politischen Akteuren und linken Antizionisten und "Antiimperialisten", sondern ist auch bedeutendes Motiv des Islamismus. Wer sind die Träger dieses wahnhaften Weltbildes in Deutschland? Haben Zivilgesellschaft und wissenschaftliche Einrichtungen bisher adäquat auf die neuen und alten Herausforderungen reagiert? Wie könnte eine erfolgsversprechende Strategie aussehen?

Die Podiumsdiskussion über diese und andere relevante Fragen des Kontextes findet in Zusammenarbeit mit Scholars for Peace in the Middle East – Deutsche Sektion (SPME), dem Mideast Freedom Forum Berlin (MFFB), dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA), dem Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus sowie Honestly Concerned statt. Moderiert wird sie von Ulrike Becker von der Kampagne Stop the Bomb.

Podiumsdiskussion: Demokratien und UN-Menschenrechtsdebatte

*Jüdische Gemeinde zu Berlin,
Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus,
Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus*

19. April 2009 im Großen Saal der Neuen Synagoge (Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin), 13:00 Uhr

In den Vereinten Nationen, etwa im UN-Menschenrechtsrat, werden Menschenrechtsfragen häufig in einseitiger Weise diskutiert. Die Verfolgung religiöser Minderheiten wie etwa der Bahá'í im Iran, die Unterdrückung von Frauen oder die Diskriminierung nicht-heterosexueller Menschen in islamischen, arabischen und afrikanischen Ländern spielen z. B. in den Resolutionsvorschlägen der am 20. April dieses Jahres in Genf stattfindenden Durban-Review-Konferenz der UN keine oder keine angemessene Rolle. Israel wird demgegenüber oft als einziges Land angegriffen und dämonisiert.

Wie kommt es zu einer derartigen, in der Konzeption und in der Wirkung gegen die Menschenrechte gerichteten UN-Politik? Wie verhalten sich die Demokratien gegenüber einem derartigen Missbrauch des Menschenrechtsthemas? Wie kann dieser Zustand geändert werden?

Zu einer Diskussion dieser Fragen laden wir Sie herzlich ein.

Programm

Grußwort: **Mirjam Marcus** (stellvertretende Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin)

Referate

Seyran Ates (Rechtsanwältin und Publizistin): "**Gleichberechtigung der Geschlechter – ein globales Menschenrecht**"

Jörg Steinert (Projektleiter "Community Gaymes" beim Schwulen- und Lesbenverband Berlin-Brandenburg): "**Yogyakarta Prinzipien: Menschenrechte gelten auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender!**"

Peter Amsler (Referent für Menschenrechtsfragen beim Nationalen Geistigen Rates der Bahá'í in Deutschland): "**Die Bahá'í: Selbstverständnis einer nach-koranischen Religionsgemeinschaft.**"

Klaus Faber (Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam, Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus), Moderation und Einleitung: "**UN- und Menschenrechtsfragen**"

Podiumsdiskussion mit den Referentinnen und Referenten.

Öffentlichen Sitzung des jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus

Termin: 30. März 2009, 18:00 Uhr

Ort: Centrum Judaicum, Großer Saal (Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin)

Schwerpunkt: Durban II, Iran, UN-Debatte und die Folgen

Einführung ins Thema mit Impulsreferat: Klaus Faber (Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam, Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus)

Vom 20. – 24. April 2009 wird trotz des Boykotts, den bis zum 19. März 2009 bereits Kanada, Israel, die USA und Italien ausgesprochen haben, im Rahmen der Vereinten Nationen die „Durban Review Conference“ („Durban II“) in Genf stattfinden. Zum jetzigen Zeitpunkt hat Deutschland noch nicht darüber entschieden, ob es an dieser Konferenz teilnehmen oder sie, eventuell zusammen mit anderen EU-Staaten, boykottieren wird. Viele fordern den Boykott seit längerer Zeit, auch die Jüdische Gemeinde zu Berlin, das JFDA und der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus.

Die Veranstaltung in Genf knüpft, welches auch der neue, am 18. März bekannt gewordene Abschlussentwurf zeigt, an die Konferenz von 2001 in Durban an, die unter einem „Antirassismus“-Etikett zu antisemitischen Angriffen auf Israel und Juden geführt hat. In der Abschlusserklärung von Durban I wurde als Verletzer von Menschenrechten nur Israel angeprangert, delegitimiert und dämonisiert. Dabei wurde eine Hasssprache verwandt, die nicht nur nach den Kriterien des Bundestagsbeschlusses zur Antisemitismusbekämpfung vom 4. November 2008 und der darin erwähnten EU-Arbeitsdefinition als antisemitisch zu qualifizieren ist.

Bislang spricht viel dafür, dass die Durban-II-Konferenz in Genf eine ähnliche Richtung einschlagen wird wie die Veranstaltung in Durban im Jahr 2001. Die Islamische Republik Iran gehört zum inneren Kreis derjenigen Staaten, die im Rahmen des UN-Menschenrechtsrats Durban II vorbereitet haben. Die Islamische Republik Iran verfolgt religiöse Minderheiten und unterdrückt Frauen. Sie richtet Menschen wegen angeblicher sexueller Verfehlungen oder wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung hin. Nach dem Verfassungssystem der Islamischen Republik Iran kann nur ein Muslim einer bestimmten schiitischen Richtung ein vollwertiger Staatsbürger sein. Zudem haben der Präsident der Islamischen Republik Iran, Mahmud Ahmadinedschad, und andere Angehörige der Staatsführung dieser Republik vielfach das Existenzrecht Israels in Frage gestellt. Verbunden mit der - schon seit langem nicht mehr ernsthaft zu bestreitenden - atomaren Aufrüstung der Islamischen Republik Iran zeigt diese Agitation nicht nur volksverhetzende Züge, sie ist darüber hinaus als Völkermordpropaganda zu qualifizieren. Diese Agitation verstößt auch gegen die UN-Konvention zur Bestrafung und Verhinderung von Völkermord. Wenn man in Genf ernsthaft über Rassismus-Bekämpfung sprechen wollte, gäbe es also viele Gründe, der Islamischen Republik Iran selbst Rassismus vorzuhalten.

Gern würden wir mit Ihnen diese und andere Fragen diskutieren und uns daher sehr freuen, wenn wir Sie im Centrum Judaicum begrüßen können.

Solidarität mit Israel – Stoppt den Terror der Hamas – Support Israel

Aufruf der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (JGzB), Sharon Adler, AVIVA-Berlin.de und Avi Efroni, derBerliten.de und weiteren Unterstützern:

Sonntag, 11. Januar 2009

14.00 Uhr

Ort: Breitscheidplatz an der Gedächtniskirche

Seit acht Jahren steht Israel unter Beschuss der Hamas. Israels Rückzug aus Gaza sollte Frieden bringen, tatsächlich aber sind seit 2001 über 10 000 Raketen und Mörsergranaten aus Gaza auf zivile Ziele in Südisrael abgeschossen worden, davon allein im Jahr 2008 3 200.

Israel befindet sich in einer sehr schwierigen Lage, denn die Terroristen der Hamas verstecken ihre Militärstützpunkte und Abschussvorrichtungen unter Verletzung der Genfer Konvention in dicht bevölkerten Gebieten, missbrauchen dadurch Menschen als Schutzschilder und machen damit zivile Opfer unvermeidlich. Israel dagegen warnt Zivilisten vor Angriffen per SMS, mit Flugblättern oder in Radioaufrufen.

Die Hamas hat diesen Konflikt eröffnet und trägt die Verantwortung für das Leid auf beiden Seiten! Um zu einem Frieden in der Region zu gelangen, muss die islamistische Diktatur der Terrororganisation Hamas dauerhaft beendet werden!

Auch Deutschland ist Akteur in diesem Konflikt - die Bundesrepublik ist der wichtigste westliche Handelspartner des totalitären Regimes im Iran, welches die Hamas aufrüstet und finanziert.

Wir fordern die Isolierung der Hamas sowie ein Verbot der Hisbollah und ähnlicher Organisationen in Deutschland.

Wir erklären uns solidarisch mit den vom islamistischen Terror bedrohten Menschen in Israel, aber auch in Gaza, Libanon oder im Iran.

Redner:

Lala Süsskind, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Frank Henkel, MdA, Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Berlin

Markus Löning, MdB, Landesvorsitzender der FDP Berlin

Franziska Eichstädt-Bohlig, MdA, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

Walter Momper, Präsident des Abgeordnetenhauses, SPD

Dr. Kazem Mousavi, Stop the bomb Bündnis, Green Party of Iran

Avi Efroni / Sharon Adler, derBerliten.de und AVIVA-Berlin.de

Dr. Klaus Lederer, Landesvorsitzender Die Linke Berlin

Hatikwa, Gesang: Vivian Kanner

3. Pressemitteilungen (Auswahl)

23. November 2009: Zur verhinderten Aufführung des Filmes von Claude Lanzmann „Warum Israel“

Empört und bestürzt nehmen wir zur Kenntnis, dass am 25. Oktober 2009 in Hamburg eine vom Hamburger Kinokollektiv B-Movie gemeinsam mit der Gruppe „Kritikmaximierung“ geplante Vorführung des Filmes von Claude Lanzmann „Warum Israel“ von 1972 von dem antiimperialistischen Zentrum B 5 mit Gewalt verhindert wurde. Diese selbsternannten Antifaschisten hatten das Kino versperrt und hinderten die Besucher am Betreten des Kinos. Sie wollten auf das angebliche Apartheids-Schicksal der Palästinenser aufmerksam machen, wobei sie einen Checkpoint simulierten und Zuschauer mit Holzgewehren und Schlaghandschuhen angriffen und verletzten, bevor die Polizei eingriff.

Es ist uns unverständlich, wieso bereits im Vorfeld gegen die Vorführung dieses Films, eine Reportage über das Lebensgefühl der Israelis und die Geschichte der Staatsgründung, mobil gemacht wurde und warum trotz antisemitischer Tiraden der Staatsschutz nicht wegen Volksverhetzung ermittelt.

Wir protestieren gegen:

1. die Verhinderung der Aufführung diese Films, was an Praktiken der Nationalsozialisten erinnert
2. und die pauschale Verurteilung Israels und die einäugige Solidarität der Blockierer, wobei sie vor antisemitischen Klischees nicht zurückschreckten.

Wir verurteilen ausdrücklich den in diesem Diskurs öffentlich zur Schau gestellten Antizionismus und Antisemitismus.

Des weiteren solidarisieren wir uns mit den Veranstaltern sowie mit Claude Lanzmann, der diese Gewaltaktion als einmalig in der Welt bezeichnete. Noch nie zuvor sei die Vorführung seiner Filme verhindert worden.

Lala Süsskind

Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde von Berlin

Levi Salomon

Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus

24. Juli 2009: Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Felicia Langer

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin hält die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Felicia Langer für einen Skandal. Langer ist eine aus Polen stammende Jüdin, die vor den Nazis fliehen musste. Sie wanderte nach Israel aus und wurde dort Rechtsanwältin. Nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 beschloss sie, ihrer Ansicht nach ‚Unterprivilegierte‘ in Israel zu unterstützen und verteidigte fortan Palästinenser vor Gericht. Seit 1990 lebt und arbeitet sie in Deutschland. Der Blickwinkel dieser ‚Menschenrechtsaktivistin‘, die Mitglied im Zentralkomitee der kommunistischen Partei Israels war, zeichnete sich allerdings im Nahostkonflikt konsequent durch die wissentlich Vertauschung von Ursache und Wirkung der herrschenden Gewalt aus. So wirft der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Dr. h.c. Johannes Gerster, ihr in seinem Statement zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes ihre widerlegbare, einseitige Schuldzuweisung an die Adresse Israels vor, und dass sie damit die Geschichte verfälsche. Mit solchen Methoden diene niemand dem so wichtigen Frieden. Stattdessen leiste sie der Unversöhnlichkeit und dem Hass gegenüber Israel Vorschub. Islamische Fundamentalisten würden dadurch eher zur Gewalt ermuntert als gebremst. Der Journalist Henryk M. Broder betont wiederum, dass die Verleihung eines Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse an Langer eine Grenzüberschreitung darstellt. Noch nie in der Geschichte der Bonner und der Berliner Republik sei einem bekennenden Kommunisten beziehungsweise einer Kommunistin eine solche Ehre zuteil geworden. Er führt aus, dass für Langer die Juden beziehungsweise die Israelis immer die Bösen seien, die mit Vorsatz handeln - und die Palästinenser immer die Guten, die in ihrer Verzweiflung in der Wahl der Mittel gelegentlich zu weit gehen, aber prinzipiell im Recht sind.

Zentral ist bei diesem Skandal die Frage, wie es dazu kommen konnte, dass im Vorfeld der Entscheidung, Langer diese höchste deutsche Ehrung zuteil werden zu lassen, ihre bis heute aktuelle kommunistische Ausrichtung, ihre Israelfeindlichen Äußerungen und ihre Unterstützung von gewalttätigen und demokratiefeindlichen Kräften nicht berücksichtigt wurden. Verantwortlich ist das Bundespräsidialamt, maßgeblich betreute allerdings die Landesregierung von Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger das Verfahren. Und Oettinger hat mit jüdischen Themen eine Vorgeschichte: In der Rede auf seinen Amtsvorgänger Hans Filbinger, der immerhin NS-Marinerichter war, bezeichnete er ihn als einen "Gegner der Diktatur" und löste damit bundesweit Empörung aus. Selbst die Kanzlerin hatte sich von der Rede Oettingers distanziert, und schließlich entschuldigte er sich für seine Worte.

2007 stand er erneut unter Beschuss, weil er Schirmherr einer Presse-Gala war, die am 9. November stattfand, am Gedenktag der Pogrome von 1938. Trotz Protesten blieb er bei seiner Schirmherrschaft. Nun hat er es der guten Dinge drei sein lassen und befürwortet, dass Frau Langer das Bundesverdienstkreuz auf Vorschlag von Evelyn Hecht-Galinski erhalten hat. Hecht-Galinski ist die Dame, von der Henryk M. Broder nunmehr ungestraft sagen darf: "Antisemitische und antizionistische Aussagen sind ihre Spezialität".

Der Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, unterstützt die Auszeichnung bis heute nachdrücklich trotz der Proteste.

Respekt verdienen die Persönlichkeiten, die ihr erhaltenes Bundesverdienstkreuz zurückgeben wollen: Dazu gehören unter anderem Arno Lustiger, Ralph Giordano, der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, Arno S. Hamburger und viele weitere Träger dieses Ordens. Das muss verhindert werden.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin fordert, dass die abwegige Auszeichnung Felicia Langers mit dem Bundesverdienstkreuz schnellstmöglich rückgängig gemacht wird.

08. Juli 2009: Zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestags zur Antisemitismusbekämpfung vom 4. November 2008



Koordinierungsrat
deutscher
Nicht-Regierungsorganisationen
gegen Antisemitismus



Gemeinsame Presseerklärung vom 8. Juli 2009

Die personelle Zusammensetzung eines neuen, von der Bundesregierung einzusetzenden Expertengremiums muss der Zielsetzung des Bundestagsbeschlusses entsprechen, die sich auf alle Formen des Antisemitismus - den traditionellen rechtsradikalen, aber auch den neuen, antiisraelischen sowie den islamischen und den mit Völkermordhetze verbundenen Antisemitismus der Islamischen Republik Iran - bezieht.

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, ein überparteilicher Zusammenschluss, dem 21 Verbände und Organisationsvertreter mit unterschiedlicher konfessioneller - christlicher, jüdischer und muslimischer - oder sonstiger Orientierung angehören (siehe unten Anhang), die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus haben am 6. November 2008 den am 4. November 2008 vom Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit gefassten Beschluss „Den Kampf gegen Antisemitismus stärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ in einer gemeinsamen Erklärung ausdrücklich begrüßt. Der Bundestagsbeschluss geht auch auf Initiativen dieser drei Organisationen zurück. Die von allen Bundestagsfraktionen verabschiedete Erklärung ruft die Bundesregierung u. a. dazu auf, regelmäßig einen Bericht zur Antisemitismusbekämpfung vorzulegen, ein Expertengremium für die Antisemitismusbekämpfung einzusetzen sowie jüdische Einrichtungen zu fördern.

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus setzen sich **für eine zügige, aber auch sorgfältige Umsetzung des Bundestagsbeschlusses vom 4. November 2008** ein. Sie fordern ebenso, dass die **personelle Zusammensetzung eines neuen, von der Bundesregierung einzusetzenden Expertengremiums** der Zielsetzung des Bundestagsbeschlusses entspricht, die sich auf **alle Formen des Antisemitismus - den traditionellen rechtsradikalen, aber auch den neuen, antiisraelischen sowie den islamischen und den mit Völkermordhetze verbundenen Antisemitismus der Islamischen Republik Iran - bezieht**. Bei der Förderung jüdischer Einrichtungen, etwa der Gründung einer Hebräischen Universität in Deutschland, sollten, wie

dies der Koordinierungsrat bei anderer Gelegenheit vorgeschlagen hat, vorhandene Institutionen wie das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam einbezogen werden.

Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus
Pressesprecher: Daniel Kilpert, M.A. · Herthastr. 5 · 13184 Berlin · Tel.: (030) 69 81 83 76 ·
E-Mail: kilpert@aol.com
(zu Mitgliedern, Vorstand und Pressesprechern vgl. Anlage I)

Jüdische Gemeinde zu Berlin · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin
Vorsitzende: Lala Süsskind · Tel.: (030) 880 28-232 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
vorstand@jg-berlin.org

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus · Oranienburger Str. 28-31
· 10117 Berlin
Vorsitzender: Levi Salomon · Tel.: (030) 880 28-357 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
levi.salomon@jg-berlin.org

04. Juni 2009: Offener Brief an Präsident Obama

Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungs-organisationen gegen Antisemitismus

Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus

Kampf gegen den Antisemitismus und das antisemitische Regime im Iran

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus haben **an Präsident Obama einen gemeinsamen offenen Brief** (siehe [nachfolgend](#)) zu seinem Besuch in Buchenwald am 5. Juni 2009 gerichtet. Sie treten darin für einen **entschiedenen Kampf gegen den Antisemitismus und das antisemitische Regime im Iran** ein.

Auszüge (deutsche Übersetzung):

„Ihr hoch geachteter Amtsvorgänger Franklin D. Roosevelt führte im 2. Weltkrieg die Vereinigten Staaten zum Sieg über die antisemitischen Mächte. Wir sind davon überzeugt, dass Sie, in Anknüpfung an das Roosevelt-Vermächtnis, auf das Sie sich in der amerikanischen Innenpolitik beziehen, ebenso dessen Entschlossenheit teilen, auch in der Außenpolitik eine führende Rolle im Kampf gegen den Antisemitismus und für die Menschenrechte zu spielen.“

„Antisemitismus, einschließlich des israelfeindlichen Antisemitismus, ist aber in Deutschland, in Europa, in den USA und im Nahen Osten nach wie vor eine bedrückende Realität. ... Rechtsextremisten verbreiten antisemitische und andere rassistische Propaganda, verharmlosen den Nazi-Terror in den Konzentrationslagern und leugnen die Einzigartigkeit des Holocaust. Darüber hinaus sind antisemitische Stereotypbilder und Diskriminierungspositionen gegenüber Israelis sowie die Bereitschaft, Israel als Staat zu diffamieren, in beträchtlichen Teilen der europäischen Gesellschaften anzutreffen.“

„Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten haben einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung von der NS-Herrschaft in Deutschland und Europa geleistet. Wir bitten Sie, in dieser großen amerikanischen Tradition auch den neuen Gefahren für die Menschheit und die Demokratie entschieden entgegen zu treten, die vor allem von der Islamischen Republik Iran ausgehen. Eine atomar bewaffnete Islamische Republik Iran würde nicht nur den Nahen Osten destabilisieren. Sie würde alle Kräfte stärken, die in unserer Zeit gegen die Menschenrechte und die Demokratie kämpfen.“

Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus

Pressesprecher: Daniel Kilpert, M.A. · Herthastr. 5 · 13184 Berlin · Tel.: (030) 69 81 83 76 ·
E-Mail: kilpert@aol.com

(zu Mitgliedern, Vorstand und Pressesprechern siehe nachfolgend)

Jüdische Gemeinde zu Berlin · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin

Vorsitzende: Lala Süsskind · Tel.: (030) 880 28-232 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
vorstand@jg-berlin.org

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus · Oranienburger Str. 28-31
· 10117 Berlin

Vorsitzender: Levi Salomon · Tel.: (030) 880 28-357 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
levi.salomon@jg-berlin.org

Deutsche Übersetzung:

**OFFENER BRIEF ZUM BESUCH DES PRÄSIDENTEN DER VEREINIGTEN
STAATEN BARAK OBAMA IN BUCHENWALD AM 5. JUNI 2009**

Sehr geehrter Herr Präsident,

die unterzeichneten, im Kampf gegen den Antisemitismus engagierten Organisationen begrüßen Sie in Deutschland und wünschen Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserem Land. Zu unseren Organisationen gehören der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus.

1945 haben sowjetische Truppen Auschwitz und amerikanische Truppen Buchenwald befreit. Ihr Onkel war an der Befreiung des Buchenwald-Teillagers Ohrdruf beteiligt. Er hat Ihnen von den erschreckenden Erlebnissen in Ohrdruf erzählt. Ihr hoch geachteter Amtsvorgänger Franklin D. Roosevelt führte im 2. Weltkrieg die Vereinigten Staaten zum Sieg über die antisemitischen Mächte. Wir sind davon überzeugt, dass Sie, in Anknüpfung an das Roosevelt-Vermächtnis, auf das Sie sich in der amerikanischen Innenpolitik beziehen, ebenso dessen Entschlossenheit teilen, auch in der Außenpolitik eine führende Rolle im Kampf gegen den Antisemitismus und für die Menschenrechte zu spielen.

Nach dem Holocaust hätte die Welt erwarten dürfen, dass antisemitische Positionen und Handlungen, wie dies heute etwa für die Rechtfertigung und Praktizierung von Sklaverei gilt, als Verirrungen und Verbrechen der Vergangenheit angesehen werden können. Antisemitismus, einschließlich des israelfeindlichen Antisemitismus, ist aber in Deutschland, in Europa, in den USA und im Nahen Osten nach wie vor eine bedrückende Realität. Antisemitische Strömungen werden auf bestimmten Gebieten sogar stärker. Rechtsextremisten verbreiten antisemitische und andere rassistische Propaganda, verharmlosen den Nazi-Terror in den Konzentrationslagern und leugnen die Einzigartigkeit des Holocaust. Darüber hinaus sind antisemitische Stereotypbilder und Diskriminierungspositionen gegenüber Israelis sowie die Bereitschaft, Israel als Staat zu diffamieren, in beträchtlichen Teilen der europäischen Gesellschaften anzutreffen.

Im Nahen Osten ist berechtigte oder zumindest vertretbare Kritik an israelischen Regierungen oft mit antisemitischem Hass auf Israel verbunden, das als „kollektiver Jude“ behandelt wird. Antisemitische Schulbücher, weit verbreitete Hetzschriften, Medienberichte und Fernsehsendungen sind dafür ein Beleg. Für die Bemühungen um einen dauerhaften Frieden ist eine derartige Propaganda ein großes Hindernis, für dessen Überwindung vielfältige politische Anstrengungen notwendig sind, die in den meisten Fällen noch nicht einmal aufgenommen wurden. Eine besondere Gefahr stellen in diesem Zusammenhang die antisemitischen, gegen Israel gerichteten Vernichtungsdrohungen der Islamischen Republik Iran dar. Diese „Republik“ leugnet nicht nur durch den amtierenden Präsidenten Ahmadinedschad den Holocaust, diffamiert und dämonisiert in antisemitischer Weise Israel, unterdrückt und verfolgt religiöse Minderheiten und Frauen, richtet auf barbarische Weise Homosexuelle und „Ehenbrecherinnen“ öffentlich hin, exportiert Terrorismus u. a. durch die antisemitische Terrororganisation Hisbollah und verletzt auch auf andere Weise elementare Menschenrechte sowie internationale Konventionen, z. B. die UN-Konvention zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermord.

Sehr geehrter Herr Präsident, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten haben einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung von der NS-Herrschaft in Deutschland und Europa geleistet. Wir bitten Sie, in dieser großen amerikanischen Tradition auch den neuen Gefahren für die Menschheit und die Demokratie entschieden entgegen zu treten, die vor allem von der Islamischen Republik Iran ausgehen. Eine atomar bewaffnete Islamische Republik Iran würde nicht nur den Nahen Osten destabilisieren. Sie würde alle Kräfte stärken, die in unserer Zeit gegen die Menschenrechte und die Demokratie kämpfen.

Hochachtungsvoll

Für den Vorstand des Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, c/o Daniel Kilpert, Herthastr. 5, 13184 Berlin

*Prof. Dr. Diethard Pallaschke
Stawski*

Klaus Faber, Staatssekretär a. D..

Sacha

Für die Jüdische Gemeinde zu Berlin, Oranienburger Str.28-30, 10117 Berlin

Lala Süsskind

Für das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus,
Oranienburger Str. 28-30, 10117 Berlin

Levi Salomon

Englischer Originaltext:

OPEN LETTER TO THE PRESIDENT OF THE UNITED STATES OF AMERICA BARACK OBAMA ON THE OCCASION OF HIS VISIT TO BUCHENWALD, GERMANY ON JUNE 5, 2009

Mr. President,

The undersigned organizations which are committed to fighting anti-Semitism, welcome you in Germany and wish you a pleasant visit. Our organizations include the Coordination Council of German NGO's against Anti-Semitism; the organization of the Jewish Community of Berlin; and the Jewish Forum for Democracy and against Anti-Semitism.

In 1945, the Soviet Army liberated Auschwitz and the Army of the United States Buchenwald. Your uncle participated in the liberation of Ohrdruf, a camp affiliated to the Buchenwald concentration camp. He has told you about the horrifying experiences in Ohrdruf. Your most esteemed predecessor, Franklin D. Roosevelt, led the United States to victory against the forces of anti-Semitism in World War II. We are confident that you, who have evoked Roosevelt's memory in domestic policy, will also share his determination to play a leading role in the fight against anti-Semitism and for human rights in foreign affairs as well.

After the Holocaust the world could have expected that anti-Semitic thinking and acts would be regarded as aberrations and crimes of the past, in the same way that today we reject the old justifications and implementation of slavery. But anti-Semitism, including anti-Semitic Israel hatred, is still a depressing reality in Germany, in Europe, in the United States, and in the Middle East. Anti-Semitic trends even increase in some areas. Right-wing extremists increasingly invoke anti-Semitic and other racist propaganda, while they downplay the terror of the Nazi concentration camps and the singularity of the Holocaust. But the problem doesn't stop there. Anti-Semitic stereotypes and discrimination against Israelis, and the defamation of Israel as a state, is present in considerable segments of contemporary European societies.

In the Middle East justified or at least reasonable criticism of the governments of Israel often merges with anti-Semitic hatred directed against Israel as a "collective Jew". This trend is documented by anti-Semitic school books, widely circulated inflammatory pamphlets, media reports and TV shows. Such propaganda poses a major obstacle to the efforts for a permanent peace. The obstacle can only be overcome by manifold political activities, which in most cases have not even been initiated, yet. In this context the anti-Semitic threats of annihilation against Israel by the Islamic Republic of Iran pose a special danger. This "republic" denies the Holocaust (a problem not limited to the current president Ahmadinejad); defames and demonises Israel in an anti-Semitic manner; oppresses and persecutes religious minorities and women; executes homosexuals and "adulteresses" publicly in a barbaric procedure; exports terrorism e. g. via the anti-Semitic terror organization Hezbollah; and also violates by other means basic human rights as well as international conventions, such as the UN-convention on the prohibition and punishment of genocide.

Mr. President, the US Armed Forces made a decisive contribution to the liberation of Germany and Europe from Nazi domination. We ask you, in this great American tradition of defending democracy, also to firmly oppose the new dangers for humanity and democracy, especially posed by the Islamic Republic of Iran. A nuclear armed Islamic Republic of Iran

would not only destabilize the Middle East. It would also strengthen all those forces that fight against human rights and democracy in our time.

Yours sincerely

On Behalf of the Board of Directors, Coordination Council of German Non-Governmental Organizations against Anti-Semitism, c/o Daniel Kilpert, Herthastr. 5, 13184 Berlin

*Prof. Dr. Diethard Pallaschke
Stawski*

Klaus Faber, Secretary of State ret.

Sacha

On Behalf of the organization of the Jewish Community of Berlin,
Oranienburger Str.28-30, 10117 Berlin

Lala Süsskind

On Behalf of the Jewish Forum for Democracy and against Anti-Semitism,
Oranienburger Str. 28-30, 10117 Berlin

Levi Salomon

03. Juni 2009: Gemeinsames Schreiben an den Bundesminister Steinmeier

„Deutschland darf der antisemitischen Abschlussresolution der Durban-II-Konferenz nicht zustimmen“

Am 24. April 2009 hat die „Durban Review Conference“ (Durban-II-Konferenz) eine Abschlussresolution beschlossen. In der Abschlussresolution wird durch Bezug auf die Ergebnisse der UN-Konferenz in Durban im Jahre 2001 **Israel in antisemitischer Weise ausgesondert und delegitimiert.** Die Durban-II-Abschlussresolution erwähnt darüber hinaus die Übel der „foreign occupation“, womit ausschließlich Israel angesprochen und diffamiert wird. **Die Einseitigkeit und unakzeptable Parteilichkeit der Abschlussresolution** wird auch darin sichtbar, was sie verschweigt. Kein Wort verliert sie etwa über die Baha'i-Verfolgung und über die Hinrichtungen in der Islamischen Republik Iran oder über die Massaker im Sudan oder Sri Lanka.

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus haben **die deutsche Entscheidung, zusammen mit anderen demokratischen Ländern Durban II zu boykottieren, in öffentlichen Erklärungen ausdrücklich begrüßt.** Vor dem Hintergrund dieser Entscheidung verstehen die drei Organisationen nicht, dass in den **Mitteilungen der deutschen Vertretungen in Genf** folgender Text verbreitet wird: **„Dieses Dokument (die Durban-II-Abschlussresolution) ist auch nach deutscher Auffassung eine akzeptable Grundlage für den weiteren Kampf gegen rassistische Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit.“**

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus fordern in einem **Brief an Außenminister Steinmeier eine Richtigstellung,** aus der sich ergibt, dass der in Genf von den deutschen Vertretungen verbreitete Text nicht die Position Deutschlands wiedergibt. **„Wir können uns nicht vorstellen, dass Deutschland eine Doppelrolle spielt, mit der einerseits Durban II wegen der ... Israeldiskriminierung öffentlichkeitswirksam boykottiert und auf der anderen Seite gleichzeitig ein Durban-II-Abschlusstext akzeptiert wird, der eben diese Diskriminierung praktiziert“**, so das Schreiben an den Außenminister.

Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus
Pressesprecher: Daniel Kilpert, M.A. · Herthastr. 5 · 13184 Berlin · Tel.: (030) 69 81 83 76 ·
E-Mail: kilpert@aol.com
(zu Mitgliedern, Vorstand und Pressesprechern vgl. Anlage I)

Jüdische Gemeinde zu Berlin · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin
Vorsitzende: Lala Süsskind · Tel.: (030) 880 28-232 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
vorstand@jg-berlin.org

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin
Vorsitzender: Levi Salomon · Tel.: (030) 880 28-357 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
levi.salomon@jg-berlin.org

23. April 2009: Gemeinsames Schreiben an die Bundesregierung

„Wir lehnen die antisemitische und rassistische Abschlusserklärung der Genfer UN-Durban-II-Konferenz ab“

In einem gemeinsamen Schreiben haben sich am 22. April 2009 der Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus an Bundeskanzlerin Angela Merkel und an Außenminister Frank-Walter Steinmeier gewandt und diese gebeten, der Durban-II-Abschlussresolution (siehe Anlage) vom 21. April 2009 im EU-Rahmen und auch öffentlich entschieden entgegen zu treten.

Am 21. April 2009 hat die „Durban Review Conference“ (Durban-II-Konferenz) ohne Abstimmung und Diskussion eine Abschlussresolution beschlossen. In der Abschlussresolution vom 21. April 2009 (dort u. a. Nr. 1) wird durch Bezug auf die Ergebnisse der UN-Konferenz in Durban im Jahre 2001 Israel nach wie vor ausgesondert, delegitimiert und dämonisiert. Die Abschlussresolution (dort Nr. 5) erwähnt darüber hinaus die Übel der „foreign occupation“. Im politischen Sprachgebrauch der Vereinten Nationen wird damit erkennbar ausschließlich Israel angesprochen und diffamiert. Es bleibt unverständlich, wie EU-Staaten einer derartigen Erklärung zustimmen konnten, die den von der EU deklarierten „roten Linien“ in einem zentralen Punkt widersprechen. Es erübrigt sich fast darauf hinzuweisen, dass die Abschlussresolution vom 21. April 2009 wie die früheren Entwürfe kein Wort etwa über die Baha'i-Verfolgung oder über die Hinrichtungen im Iran, über die Massenmorde im Sudan oder im Kongo, über die auch auf die Religion gestützte Frauendiskriminierung in vielen islamischen Ländern, über den verbreiteten, häufig antiisraelischen Antisemitismus in muslimischen Gesellschaften, der die Friedensbemühungen behindert, oder über die zahlreichen Zivilopfer in Sri Lanka verliert. Wie die Mehrheit im UN-Menschenrechtsrat denkt, zeigt die Reaktion derjenigen Ländervertreter in diesem Rat, welche die rassistische und antisemitische Rede des Präsidenten der Islamischen Republik Iran, Mahmud Ahmadinedschad, bis zum Ende angehört und mit Beifall aufgenommen haben.

Der Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus haben die Entscheidung der Bundesregierung, zusammen mit neun anderen demokratischen Ländern Durban II zu boykottieren, in öffentlichen Erklärungen begrüßt. In der Konsequenz dieser Entscheidung liegt die Ablehnung der antisemitischen und rassistischen Durban-II-Abschlussresolution vom 21. April 2009.

20. April 2009: Große Zustimmung zu einem deutschen Boykott der Genfer UN-Durban-II-Konferenz auf einer gemeinsamen Veranstaltung in der Neuen Synagoge in Berlin

In einer gemeinsamen Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, des Koordinierungsrats deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus und des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus zum Thema „Demokratien und UN-Menschenrechtsdebatte“ am 19. April 2009 im Großen Saal der Neuen Synagoge in Berlin wurde über die häufig fragwürdige UN-Menschenrechtspolitik diskutiert. Die Verfolgung religiöser Minderheiten wie etwa der Baha'i im Iran, die Unterdrückung von Frauen und die Diskriminierung nicht-heterosexueller Menschen u. a. in islamischen Ländern spielen z. B. in den Resolutionsvorschlägen für die Durban-II-Konferenz der UN, die vom 20. bis zum 24. April dieses Jahres in Genf stattfindet, keine Rolle. Israel wird demgegenüber als einziges Land angegriffen und delegitimiert.

Nach einem Grußwort von Mirjam Marcus, der stellvertretenden Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, berichtete Seyran Ates, Rechtsanwältin und Publizistin aus Berlin, über das Thema "Gleichberechtigung der Geschlechter – ein globales Menschenrecht", vor allem über die in diesem Zusammenhang zu machenden Erfahrungen in muslimischen Gesellschaften. Jörg Steinert, Projektleiter "Community Gaymes" beim Schwulen- und Lesbenverband Berlin-Brandenburg, hielt ein Referat, das sich mit den Yogyakarta-Prinzipien und den darin postulierten Forderungen befasste, insbesondere mit dem häufig noch nicht realisierten Grundsatz, dass Menschenrechte für alle Menschen, also auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender, gelten. Peter Amsler, Referent für Menschenrechtsfragen beim Nationalen Geistigen Rates der Baha'i in Deutschland, schilderte das Selbstverständnis der Baha'i und ihre Verfolgung im Iran. Klaus Faber, Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam, Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, leitete die Diskussion. In seinem Einleitungsreferat nahm er zu der problematischen UN-Entwicklung, insbesondere zum UN-Missbrauch von Menschenrechtsthemen, Stellung.

In einer intensiven und lebhaften Debatte waren sich alle Diskussionsteilnehmer in der Ablehnung der oft antisemitischen und rassistischen Tendenzen in den UN, der Forderung nach einem Boykott von Durban II und auch darin einig, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und demokratische Staaten mehr als bisher Demokratiegrundsätze und universelle Menschenrechte verteidigen müssen.

Jüdische Gemeinde zu Berlin · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin
Vorsitzende: Lala Süßkind · Tel.: (030) 880 28-232 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
vorstand@jg-berlin.org

Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus
Sprecher: Daniel Kilpert, M.A. · Herthastr. 5 · 13184 Berlin · Tel.: (030) 69 81 83 76 · E-Mail:
kilpert@aol.com

Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus · Oranienburger Str. 28-31 · 10117 Berlin
Vorsitzender: Levi Salomon · Tel.: (030) 880 28-357 · Fax (030) 880 28-250 · E-Mail:
levi.salomon@jg-berlin.org

4. Sonstiges (Auswahl)

23. September 2009: Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2009

Zum besseren Verständnis der Einstellungen der Bundestagskandidaten wurden ihnen von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und dem JFDA in der folgenden Anfrage drei Fragen gestellt:

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) sind seit Jahren aktiv im Kampf gegen Antisemitismus. Im Zuge der Bundestagswahlen 2009 wollen wir unseren Gemeindemitgliedern und der deutschen Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, sich über die konkreten Positionen der verschiedenen Parteien und ihrer Kandidaten zum Thema Antisemitismus-Bekämpfung zu informieren.

Aus diesem Grund möchten wir den Bundestagskandidaten Ihrer Partei einige Fragen stellen und bitten um Beantwortung. Die Antworten werden der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Mit freundlichen Grüßen,
Levi Salomon

*Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus
Vorsitzender des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)*

Drei Fragen an Bundespolitiker und Kandidaten der Bundestagswahl 2009

1. Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich nicht auf vermeintliche Randgruppen beschränkt, sondern ebenso in der Mitte der Gesellschaft zu finden ist. Werden Sie sich als zukünftiger Abgeordneter des deutschen Bundestages mit der Antisemitismus-Bekämpfung befassen, wie sie der Bundestagsbeschluss vom 4. 11. 2008 fordert, und wenn ja, welche Schwerpunkte werden Sie setzen?
2. Nach wie vor sind rechtsradikale Organisationen sehr präsent in der deutschen Gesellschaft. Auch die NPD kann weiterhin ungestört legale Strukturen nutzen, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. Wie sollte die deutsche Politik dieser Entwicklung begegnen und was werden Sie persönlich unternehmen?
3. Auch islamischer Antisemitismus ist in Deutschland keine Randerscheinung. Wie schätzen Sie die Gefahr ein und wie kann man Ihrer Ansicht nach gegen islamischen Antisemitismus vorgehen?

Die Antworten der einzelnen Kandidaten finden Sie auf diesen Seiten:

<http://www.jg-berlin.org/ueber-uns/jfda/wahlpruefsteine.html>

Wahlprüfsteine

- [SPD](#)
- [Bündnis 90/ Die Grünen](#)
- [Die Linke](#)
- [CDU](#)
- [FDP](#)

17. Juli 2009: Nachbereitung der Veranstaltung mit Prof. Cotler

Rückblick auf den Vortrag „**Westliche Demokratien, Iran und die Verhinderung von Völkermord**“ mit **Prof. Irwin Cotler** und der anschließenden Podiumsdiskussion mit Mohammed Schams, Klaus Faber und Sacha Stawski am 02.07.09 in Berlin, zu dem der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus, die Jüdische Gemeinde zu Berlin, das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus und The Israel Project eingeladen haben.

Prof. Irwin Cotler ist eine weltweit anerkannte Autorität auf dem Gebiet des Völkerrechts und der Menschenrechte, Mitglied des kanadischen Parlaments (Liberal Party CA), ehemaliger Justizminister und Generalstaatsanwalt Kanadas sowie ehemaliger Präsident des Canadian Jewish Congress.

Diesem Rückblick können Sie Folgendes entnehmen:

1. Audio-Mitschnitt
2. Pressespiegel

1. Audio-Mitschnitt von Vortrag und Podiumsdiskussion

Download unter:

<http://www.file-upload.net/download-1762551/1-090702-Pressekonferenz.mp3.html>

http://www.file-upload.net/download-1762729/Podiumsdiskussion_64.mp3.html

2. Pressespiegel

a. The Jerusalem Post: “Cotler blasts Germany's economic support for Iran” by Benjamin Weinthal

BERLIN - The former Canadian justice minister and Liberal Party MP Irwin Cotler has urged the German government to take a leadership role within the EU and impose tough multipronged sanctions on the Islamic Republic of Iran.

"Germany is uniquely placed to take leadership... Germany can speak with moral authority born out of its understanding of state-sanctioned incitement to genocide," he said, speaking Thursday at a forum at the Berlin Jewish Community Center entitled "Western Democracies, Iran and the prevention of Genocide."

The forum was sponsored by the Coordinating Council of German Nongovernmental Organizations Against Anti-Semitism.

Cotler, who had represented Jewish Agency Chairman Natan Sharansky while the latter was

imprisoned in the former Soviet Union, is the Liberal Party's special counsel on human rights and international justice.

"Here is an opportunity for leverage," said Cotler about Germany's \$5.7 billion-dollar trade relationship with Iran.

Weiter: <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?cid=1246443717126&pagename=JPost/JPArticle/ShowFull>

b. TAZ: "Irans Regierung ruft zum Mord auf ", INTERVIEW CIGDEM AKYOL

Iran Kanadas Exjustizminister strebt eine Klage gegen Ahmadinedschad an. Die Machthaber des Landes, sagt er, dämonisierten die Juden, und die Welt schaut zu

taz: Herr Cotler, der alte und neue iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad lobt sein Land als das demokratischste der Erde. Wie viel Zynismus steckt dahinter?

Irwin Cotler: Wann immer der Machthaber Ahmadinedschad spricht, steckt eine Menge Zynismus dahinter.

Weiter: <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=tz&dig=2009%2F07%2F07%2Fa0146&cHash=1513080347>

c. The Canadian Jewish news: „Cotler urges Germany to clamp down on Iran” by Benjamin Weinthal

BERLIN - Former Canadian justice minister and current Liberal MP Irwin Cotler is urging the German government to take a leadership role within the European Union and impose tough, multi-pronged sanctions on Iran.

”Germany is uniquely placed to take leadership - Germany can speak with moral authority born out of its understanding of state-sanctioned incitement to genocide,” said Cotler, a Mount Royal MP and the Liberal party’s special counsel on human rights and international justice.

Weiter: http://www.cjnews.com/index.php?option=com_content&task=view&id=17284&Itemid=86